

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleider, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standtitz, Throna ufm.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtsgerichtsmannschaft, des Finanzamtes zu Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Verfügungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr.
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1,55 Mk., Post ohne Befestigung monatlich 1,55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (Spalt.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unbedeutend geringem, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Götze & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 8

Nummer 91

Sonnabend, den 28. Juli 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

Stadtverordnetensitzung.

Mittwoch, den 1. August 1928, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Während des diesjährigen Schützenfestes vom 29. bis 31. Juli sind einige Mitglieder des Schützenbundes von hier beauftragt worden, zur Unterstützung der städtischen Sicherheitspolizei auf dem Schützenplatze und den dortigen Anlagen polizeiliche Handlungen in dem Umfange vorzunehmen, wie die städtische Sicherheitspolizei. Die Beauftragten sind mit schriftlichem Ausweis versehen.

Naunhof, am 27. Juli 1928. Der Stadtrat.

Am 1. August d. J. ist eine Zählung der gewerblichen Arbeitnehmer vorzunehmen.

Die in Betracht kommenden Betriebsunternehmer haben die ihnen zugehenden Vordrucke gehörig auszufüllen.

Die ausgefüllten Vordrucke sind bis längstens den

4. August d. J.

im Meldeamt, Zimmer 11, einzureichen.

Naunhof, am 28. Juli 1928. Der Stadtrat.

Bekanntmachung

über den Pauschbetrag für die nicht aus Steuerbüchern bestehenden Grundstücksteuern.

Auf Grund des § 36 Absatz 2 der Durchführungsbestimmungen zum Reichsbewertungsgesetz für die zweite Feststellung der Einheitswerte und zum Vermögenssteuergesetz für die Bekanntmachung vom 9. Juni 1928 (Reichsgesetzblatt I Seite 174) bestimmen wir für die Bezirke der Landesfinanzämter Leipzig und Dresden im Benehmen mit der Landesregierung folgendes:

§ 1.

Zur Ermittlung des Reinertrags der bebauten, nicht zwangsversteuerten Grundstücke im Sinne der oben genannten Durchführungsbestimmungen können für die nicht aus Steuerbüchern bestehenden Grundstücksteuern (Nebenerlösen, Instandhaltungskosten und sonstige Grundstückskosten) sowie für Abnutzung 25 v. H. des jährlich im Durchschnitt nachhaltigen Rohertrags von diesem ohne Nachweis abgezogen werden.

§ 2.

Die vorstehenden Bestimmungen finden Anwendung auf die Hauptfeststellung der Einheitswerte nach dem Stande vom 1. Januar 1928 und auf Neu- und Nachfeststellungen, die auf einen Feststellungszeitpunkt vorzunehmen sind, der in dem mit dem 1. Januar 1928 beginnenden Hauptfeststellungszeitraum fällt.

Dresden, den 14. Juli 1928.

Die Präsidenten der Landesfinanzämter Leipzig und Dresden.

gez. Dr. Böhm. gez. Dr. Koch.

Die Finanzkasse Grimma bleibt künftig am letzten Werktag jedes Monats für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Grimma, am 28. Juli 1928. Finanzamt.

„Gefühl ist alles!“

Volksehnsucht. — Stetes Hämmern. — Deutsche Einigung. Das Echo in Köln.

„Wien, du Stadt meiner Träume“ — viele Zehntausende der deutschen Sängere, die jetzt an den Wiener Festtagen teilnehmen, mögen diese Stadt an der Donau, mögen das österreichische Volk zum erstenmal gesehen, kennengelernt haben. Wenn der Rabenbergr und schließlich der „Steffel“, der Turm des Stephansdomes, über den Horizont heraussteht, dann paden den Deutschen von heute ganz andere Gedanken als vor dem Kriege. Damals war der Österreicher für uns der zwar liebenswürdige, aber bisweilen etwas unbehagliche Bundesgenosse, war Wien die Stadt Schuberts, Mozarts, Beethovens und Haydns, war die Welt der Walzer und Gassen der Alpen. War — selbstverständlich — ein deutsches Land, in dem — vor allem im Parlament — einige wilde Völkereien herumschwebten. Und wir fühlten uns ein bisschen erhaben über all den Tumult und die „L. u. L. Schlamperei“ dort unten, wohin wir nur kamen, um Freude, Musik und „Deutigen“ zu genießen.

Das ist jetzt anders geworden nach dem Kriege. Und wenn man den inneren Gewinn dieser äußerlich so glanzvollen Festlichkeiten des Wiener Sängertages feststellen wollte, so möchte man ihn in die Worte kleiden: der Zusammenbruch der k.u.k. Monarchie, ob er im einzelnen Deutschen und Deutschösterreicher in bester Klarheit verstanden, gehegt und gepflegt war oder ob er nur — nachgesprochen wurde, ist jetzt zum Zusammenbruch geworden, das jenseits alles Redens und Schreibens steht. Viel stärker, im Deutschen und Deutschösterreicher, ist dadurch die Sehnsucht nach diesem Zusammenbruch geworden. Zu einer Selbstverständlichkeit wurde sie und wenn man ihre Verwirklichung bemerkt, so trifft man nicht mehr in erster Linie die verstandesgemäß ausgestellte Forderung eines Zusammenflusses, zu dem Bruderbund ebenso hindrängt wie wirtschaftliche Notwendigkeit oder der Anspruch endlicher Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts auch der Deutschen, sondern man trifft jetzt etwas, was auch in das deutsche Gefühl

Dorpmüller über Eisenbahnsicherheit

Die Bahntatastrophen der letzten Zeit

Schwierige Finanzlage.

In einer Besprechung mit Vertretern der Presse erklärte der Generaldirektor der Reichsbahn Dorpmüller im Hinblick auf die zahlreichen Betriebsunfälle in der letzten Zeit es als seine Hauptaufgabe, durch eingehende Untersuchung der Ursachen dieser Unglücksfälle festzustellen, welche Maßnahmen schleunigst getroffen werden müssten, um die Betriebssicherheit der Reichsbahn zu erhöhen. Eine scharfe Kontrolle der Bahnstrecken werde durchgeführt, die so vielfach beklagte Überlastung des Personals unterzucht und vor allem eine genaue Kontrolle des Oberbaus der Reichsbahn erfolgen. Zurzeit seien Gleisreparaturen für noch 7700 Kilometer notwendig, die aber eine erhebliche Ausgabe darstellen, da die Instandsetzung von 1000 Kilometern schon 25 Millionen Mark kostet. Schließlich gehe namentlich aus dem Unmündorf Unglück bei Ulm hervor, daß in den süddeutschen Gebieten die norddeutsche Dienststellung eingeführt werden müsse, da diese eine wesentliche Erleichterung für die Beamten darstelle.

Der Generaldirektor erläuterte dann die Einzelheiten der Eisenbahnunfälle bei Siegelshausen, Ummendorf, Ulm, Reuß und Bissfeld und namentlich bei München, die teilweise eine Verkettung unglücklicher Umstände als Ursache hatten. Man müsse bei dem Riesenbetrieb der Eisenbahn aber immer bedenken, daß die jetzige Reichsbahn-Gesellschaft die Eisenbahn erst seit 3 1/2 Jahren in Verwaltung habe und hierbei die verhängnisvolle Erbschaft der Kriegszeit, der Nachkriegszeit und nicht zuletzt des Ruhrkampfes übernehme. Wenn sich in der letzten Zeit die Unglücksfälle häuften, so wisse der Fachmann, daß solche Zeiten des Anschwellens von Betriebsunfällen eine schon immer beobachtete Erscheinung sind, die von Zeiten eines erheblichen Unterertragens dieser Zahl abgelöst werden. Selber sei die

Finanzlage der Reichsbahn

eine sehr schwache, man müsse die Rücklagen aus dem Vorjahre angreifen und namentlich Bayern bedeute für die Gesamtverwaltung einen Zuschußstaat, da dort die Ausgaben über die Einnahmen hinausgehen und der Zustand der Bahnen ein besonders unerfreuliches war. Im übrigen habe er alle Reichsbahndirektionen angewiesen, grobe Mängel ohne Rücksicht auf die Kosten sofort beseitigen

übergegangen ist. Was man mehr so jetzt Volksgedanke, Volkswollen, sondern vor allem Volksehnsucht, Volkseinstimmung geworden ist. Solch eine Stimmung — Italien beweist es und Polen, Tschechien und andere Slavenstaaten — ist aber weit stärker, aber auch weit empfindlicher als nur ein staatspolitischer Gedanke. Das mögen sich die Herren und Hüter der Verträge, die uns noch trennen und auseinanderhalten, recht bald aus den Wiener Tagen entnehmen.

In Paris ist von einer solchen Berücksichtigung dieser neuen, tief innerlichen Einstellung der Deutschen im Reich und in Österreich freilich ebenso wenig zu hören wie in jenen Südstaaten Europas, die das Hauptverderben der Habsburger antraten durften. In der letzten Woche ist ja der deutsche Außenminister in Paris, wo er zum Kurzaufenthalt weilte, „zufälligerweise“ zusammengekommen mit dem rumänischen Kollegen sowie einem Vertreter der russischen Regierung und dem tschechischen Staatspräsidenten sowie dem Außenminister Benesch. Wenn natürlich ein amtliches Dementi jeden politischen Charakter dieses Zusammenkommens bestritt, so wird man — gerade wegen dieses Dementis — kaum glauben, daß sich die Herren nur über die Vorgänge und die heilsame Wirkung des Mühlbrunnens unterhalten haben! Dazu waren die Schattens, die das Wiener Sängerefest herüberwarf, denn doch zu stark gewesen. Und Dr. Stresemann wird darum auch wohl — kaum mit Erfolg — mit den Herren Masaryk, Benesch und Titulescu ein wenig über den Zusammenschlußgedanken gesprochen haben. Neues ist ja wenig zu sagen, aber die kleine Entente hat soeben wieder auf ihrer letzten Konferenz sich mit besonderer Schärfe gegen den Anschluß Deutschlands an Österreich ausgesprochen. Da hilft deutscherseits nur stetes Hämmern. Weil wir auch bei historischen Entwicklungen an die Wahrheit des alten Sprichworts glauben: Steter Tropfen höhlt den Stein, nicht durch Gewalt, sondern durch sein unaufhörliches Fallen.

Das gilt auch für den deutschen Westen, für die Rheinlandräumung. In Köln, der Metropole des Rheinlandes, die ja erst im Januar 1926 geräumt wurde, sind ja jetzt auch Hunderttausende von Deutschen aus dem Reich und von überall aus der weiten Welt zusammengeströmt im Zeichen der deutschen Turnerei, die schon einmal die Stimmungsehnsucht zur deutschen Einigung in sich verkörperte. Und wenige Meilen südlich und westlich stehen die Borspotten der Besatzungstruppen. Witten in das Fest hinein bringt die Stunde von dem Begehren der Franzosen nach Auslieferung von vier Deutschen, weil diese angeblich Zusammenkünfte mit Mit-

zu lassen, denn die Sicherheit sei für die Bahn höchste Pflicht.

Aussprache mit dem Reichsverkehrsminister.

Vorher hatte der Generaldirektor Dr. Dorpmüller eine eingehende Aussprache mit dem Reichsverkehrsminister gehabt, die sich gleichfalls mit der Frage beschäftigte, wie die Betriebssicherheit auf den deutschen Bahnen erhöht werden könnte. Eine Reihe technischer Maßnahmen sollen für diesen Zweck durchgeführt werden ohne Rücksicht auf die Kosten. Das gilt besonders auch für die Reparaturarbeiten am Oberbau. Hinsichtlich der vielfach gemachten Vorwürfe wurde nachgewiesen, daß prozentual auf eine Million Zugkilometer im Jahre 1927 die Zahl der getöteten und verletzten Personen 1927 nur ganz wenig größer war als 1913, obwohl die heutige Besetzung der Rüge um 24 Prozent größer ist als im Vorkriegsjahre. Gegenüber 1919 ist diese Prozentzahl dagegen auf die Hälfte zurückgegangen. Schließlich wurde auch darauf verwiesen, daß sich jetzt das Gesamtpersonal der Deutschen Reichsbahngesellschaft auf 704 000 Beamte, Arbeiter und Angestellte belaufe, d. h. 12 000 Köpfe mehr als im Jahre 1913; in Bayern allein ist dieser Gesamtpersonalbestand um 10 000 höher als 1913, so daß man dort von besonders schwierigen Personalverhältnissen nicht sprechen könne.

Vom Generaldirektor wurde ausdrücklich die Zusicherung gegeben, daß er trotz der schwierigen finanziellen Lage der Reichsbahn mit allem Nachdruck dahin wirken werde, daß die Sicherheit des Betriebes gewährleistet wird.

Die geplante Tarifierhöhung.

Das Reichsbahngericht, das nach Wunsch der Reichsbahn und dem Beschluß des Reichskabinetts das endgültige Urteil über die von der Reichsbahn geforderte Tarifierhöhung fällen soll, wird dem Vernehmen nach Ende dieser Woche zusammentreten.

Den Vorsitz wird der Senatspräsident beim Reichsgericht Meyer führen. Die beiden Beisitzer, die auf Vorschlag der Parteien (Reichsregierung und Reichsbahn) bestellt werden, sind noch nicht ernannt. Das Urteil des Reichsbahngerichts muß nach den gesetzlichen Bestimmungen innerhalb von drei Monaten gefällt werden, doch hofft man, daß schon in einigen Wochen die Entscheidung des Gerichts vorliegen wird.

Die Besetzung deutschen Bodens durch fremde Truppen eigentlich darstellt. Ein schriller, aber in seinem Wesen nicht mißverständlicher Ton aus der Wirklichkeit unserer Not und Bedrängnis, ein Wistön, der ein besonderes Echo jetzt gerade in Köln hervorrufen wird. Kein lautes, kein vaperenes Echo, aber ein um so tiefer in die Herzen eindringendes.

Denn man muß warten können in der Geschichte und in der Politik. In Köln werden die Deutschen aus dem unbefestigten Gebiet und vor allem aus dem Auslande es verlernen, daß die deutsche Politik sich jetzt, das deutsche Volk und vor allem das besetzte Gebiet hinter sich, eingestellt hat auf das Abwarten, das Ablaufen der Fristen, bis die Räumung von selbst erfolgen muß. Man räumt uns aus Paris, wie wertvoll eine „vorzeitige“ Räumung doch für Deutschland wäre — um dieses Pfand möglichst teuer zu verkaufen. Geduld ist sie wertvoll, aber doch nicht genug, um von uns mit neuen Bindungen im Rheinland und anderswo erkauft zu werden. Und mit jedem Tag rücken die Räumungsfristen näher, vertiert das Angebot an Wert. Schon drängt man uns, es anzunehmen, bedeutet jenes Auslieferungsbegehren eine Art Druck auf Deutschland. Wir werden auch das tragen. Und die Hunderttausende in Köln werden es verlernen lernen, warum wir warten müssen. Um des ganzen Deutschlands willen! Dr. Fr.

Das französische Auslieferungsverlangen.

Verhandlungen.
Die drei Deutschen, die sich angeblich an der Herunterholung der französischen Flagge in Landau beteiligt haben sollen und vom französischen Militärgericht zu schweren Strafen verurteilt wurden, sind bekanntlich über die Besetzungsgrenze entwichen. Frankreich hat von Deutschland ihre Auslieferung verlangt. Wenn schon eine formelle Verurteilung für dieses Auslieferungsbegehren nach dem Rheinlandabkommen vorliegt, so dürfte unter gegenwärtigen Verhältnissen die deutsche Regierung nur schwer in der Lage sein, dem Begehren nachzukommen.

In Berlin hört man, daß die Reichsregierung zwar verpflichtet sei, dem entsprechenden Artikel des Rheinlandabkommens zu entsprechen und die verlangten Persönlichkeiten auszuliefern. Jedoch seien zurzeit Verhandlungen im Gange, um eine gerechtere Verteilung der Angelegenheit durch die französischen Behörden herbeizuführen. Insbesondere erscheine nach deutscher Auffassung der Vorwurf des schweren Diebstahls als un-